

# Wie bekommt der Gerechte Frieden eine Chance?

Ursachen von Gewaltkonflikten und staatlicher Fragilität und eine Deutung ihrer Folgen für die Entwicklungszusammenarbeit



Instabilität und staatliches Versagen hängen mit Gewaltkonflikten zusammen, werden von ihnen teils verursacht, und verhindern oft einen Wandel hin zur Stabilisierung. Die durch interne und externe Einflüsse entstehende Fragilität sowie Hunger und Flucht als ihre Folgen deuten alle auf eine übergreifende Ursache: instabile staatliche Strukturen, die nicht in der Lage sind, Gerechtigkeit zu garantieren. Der Prozess einer angestrebten langfristigen Transformation in fragilen Kontexten basiert auf systemischen Analysen und dem Ziel, ungleiche, festgefahrene Machtverhältnisse aufzulösen. Wichtige Herausforderungen für eine solche Transformation bleiben die Priorisierung und Koordination im Humanitarian-Development-Peace-Nexus sowie die Abschätzung von Grenzen und Risiken innerhalb des engen Handlungsspielraums.



© Claudia Fahbusch

Katharina Valjak

## Ursachen von Instabilität und Staatskollaps

Ein legitimer Staat erfüllt verschiedene Leistungen, ähnlich der bekannten Maslow'schen Bedürfnispyramide: Sicherheit durch ein Gewaltmonopol (im Sinne Max Webers) als Basis, Freiheit durch Rechtsstaatlichkeit, und eine annähernde Gleichheit von Lebensverhältnissen durch gerechte Ressourcenverteilung.<sup>1</sup> Diese werden außerdem schrittweise weiter ausgelegt anhand unterschiedlicher Konzeptverständnisse: So ist Sicherheit an sich als Unversehrtheit der gesamten Bevölkerung dabei am klarsten definiert, und Eingriffe, um diese zu garantieren, werden als wichtigste Funktion von Regierungen akzeptiert. Bei den beiden anderen Begriffen – Freiheit und Gleichheit – gehen die Idealvorstellungen zu Art und Ausmaß jedoch auseinander: eine Trennung von Religion und Staat? Liberale Selbstregulierung? Die Stellung der Judikative? Leistungs- oder Chancengerechtigkeit? In vielen Staaten werden Ver-

fassungsstrukturen delegitimiert und staatliche Institutionen wiederholt in Frage gestellt – teilweise aus den eigenen Verwaltungen heraus. In diesen Fällen können Staaten den genannten Leistungen nicht mehr nachkommen, funktionieren anders und werden systemisch instabil. Man spricht auch von Fragilität oder Erosion bis hin zum Staatskollaps. Was wissen wir über mögliche Ursachen dieser Instabilität?

Der Politikwissenschaftler Daniel Lambach nennt zwei Wege, auf denen Staaten zugrunde gehen können (Lambach 2009, 237): die Schwächung staatlicher Institutionen aus Eigeninteresse (Machterhalt, Selbstbereicherung) und die Eskalation von

Konflikten zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen. Dies kann beides verstärkt werden durch gewisse Inkompetenz oder Fehleinschätzungen beim Versuch von Staatsbildung. Konflikte allein führen nicht notwendigerweise immer zu Fragilität oder einem bestimmten Regimety. Auch die Fälle fragiler Staaten unterscheiden sich in ihren jeweiligen Gegebenheiten.

Im Jahr 2021 benannte der Fragile States-Index 117 von 179 Länder als nicht stabil, d. h. mit mindestens einer „Warnung“ oder einem „Alarm“ vor „Staatsversagen“, davon 10 mit „(sehr) großem Alarm“<sup>2</sup> (The Fund For Peace 2022). Die hohe Anzahl auch der von Zerfall bedrohten Staaten erstaunt und

<sup>1</sup> Angemerkt sei, dass diese Definitionen von Nationalstaaten europazentriert sind, da in der Geschichte westlicher Demokratien eine geeinte Nation mit gewisser politischer Stabilität und rechtlichen Strukturen zum Ideal wurde. Dies ist in diesem Beitrag als These verkürzt dargestellt, jedoch im Sinne der Dekolonialisierungsdebatte, in der eine universelle Staatlichkeit keine Grundannahme ist, anfechtbar.

<sup>2</sup> Der Index stuft seit 2005 die Stabilität von Staaten anhand von 12 Kriterien (Kohäsion, soziale, politische und wirtschaftliche Indikatoren) ein. Auf einer Skala von 0 (stabil)